

Sondermülldeponie als Krebsursache ist nicht erwiesen: Nun neue Untersuchungen?

Diskussion im Münchheganausschuß relativierte Ergebnisse der Bremer Studie

Rehburg-Loccum (dil). Mit der Behauptung, die Krebshäufigkeit in der Nähe der Sondermülldeponie Münchhegagen sei überdurchschnittlich hoch, befaßte sich während seiner jüngsten Sitzung der Münchheganausschuß. Dabei wurde sowohl von nordrhein-westfälischer als auch von niedersächsischer Seite festgestellt, daß die bisher vorliegenden Zahlen aus dem Nachbarkreis Minden-Lübbecke nichts über einen Zusammenhang der Krebserkrankungen mit der Deponie aussagen. Unwidersprochen blieb die Erklärung von Michael Csicsaky (Niedersächsisches Sozialministerium): „Hätte man nach einem Zusammenhang der Erkrankungen mit dem Kohlekraftwerk Petershagen gesucht, wäre man zu demselben Ergebnis gekommen.“

Wie DIE HARKE am 11. Mai berichtete, hatte das Bremer Institut für Präventionsforschung und Sozialmedizin (BIPS) im Auftrage des nordrhein-westfälischen Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales die „mögliche Erhöhung der Leukämiehäufigkeit als Folge der Immissionen der Sondermülldeponie Münchhegagen“ erforscht. Über die Feststellung auffällig hoher Krebserkrankungszahlen in Petershagen (diese Stadt grenzt an die Sondermülldeponie), aber auch in Minden und Bad Oeynhausien viel weiter südlich, war die Studie nicht hinausgekommen. Lediglich den Verdacht eines Zusammenhangs mit der Deponie sah sie bestätigt und forderte weitere Untersuchungen.

Deren Notwendigkeit wurde jetzt auch im Münchheganausschuß betont, aber dazu der Vorwurf erhoben, daß das niedersächsische Sozialministerium 1988 während einer Toxikologentagung in Loccum und im Ausschuß zugesagte Untersuchungen in dieser Frage nicht vorgenommen habe. Michael Csicsaky vom Ministerium erklärte, seinerzeit habe eine Studie der Ärztekammer Niedersachsen, die allerdings weniger intensiv war, als die Bremer Forschung, ergeben, daß keine auffällig hohen Krebsraten im Deponieumfeld vorlägen. Damals waren lediglich niedergelassene Ärzte befragt worden.

Auf Antrag der SPD-Landtagsabgeordneten Bärbel Tewes befürwortete der Ausschuß, daß im Kreis Minden-Lübbecke nun eine Fallkontrollstudie im einzelnen klären soll, woher die dortigen Krebserkrankten ihre Krankheit haben könnten. Die Zahlen allein sagen nämlich auch nach Aussagen des Epidemiologen Helmut Brand (Gesundheitsamt Minden) zu wenig aus. Für das niedersächsische Deponieumfeld wurde eine Querschnittstudie wie die des Bremer Insti-

tutes gefordert. Es wurde die Zusammenarbeit beider Länder angeregt und eine frühzeitige Informierung des Ausschusses über die Ergebnisse verlangt.

Dr. Gunter Dörhöfer vom Niedersächsischen Landesamt für Bodenforschung verwies darauf, daß auch die erhöhten natürlichen Radonaustritte aus dem Boden im Bereich Münchhegagen-Petershagen als Krebs-

auslöser denkbar seien. Das Kraftwerk Petershagen mit seiner Benzolbelastung wurde von Csicsaky als mögliche Ursache genannt. Und vieles andere, so Dr. Grugel vom Niedersächsischen Landwirtschaftsministerium, ist vermutlich noch gar nicht gemessen worden. Außerdem sei statistisch erwiesen, daß die Krebserkrankungen im ländlichen Raum stärker zunehmen als in Ballungsgebieten. In anderen ländlichen Regionen des Kreises Minden-Lübbecke, so konstatierte dessen Umweltbeauftragter Lothar Meckling, waren die Krebsraten allerdings erheblich niedriger als in Petershagen.

Die Behörden in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen wollen ihr künftiges Vorgehen in diesem Thema künftig mehr aufeinander abstimmen.

In jedem Fall: Schwerer Schaden

Die durch Indiskretionen von unbekannter Seite vorzeitig an die Öffentlichkeit geratene Studie aus Bremen über Krebshäufigkeit in der Nähe der Sondermülldeponie Münchhegagen hat für Aufsehen gesorgt, auch wenn ihre Kernaussage nicht neu gewesen ist. Wie Rehburg-Loccums Stadtdirektor Dieter Hüsemann jetzt dem Münchheganausschuß mitteilte, sind die Einwohner seiner Stadt stark beunruhigt: Sie sorgen sich nun noch mehr um ihre eigene Gesundheit und fürchten um den Wert ihrer Häuser, weil wohl kaum noch jemand in die Stadt mit dem angeblich so hohen Krebsrisiko ziehen möchte. Sind Gewerbeansiedlungen deshalb ebenfalls gefährdet?

Dies alles, obwohl die Studie fast nichts beweist. Die Krebskranken könnten zugezogen, die Erkrankung durch andere Auswirkungen ausgelöst sein. Eines ist jedenfalls klar: Der Ruf Rehburg-Loccums hat weiteren Schaden genommen. Ob zu Recht, das müssen erst weitere Untersuchungen erweisen. Immerhin werden diese nun mit noch mehr Nachdruck gefordert und hoffentlich spätestens von der neuen Landesregierung in Auftrag gegeben. Fette Schlagzeilen haben bisher fast immer zu Handlungsbedarf in Sachen Münchhegagen geführt. Nur schade, daß die Relativierung ihrer Aussagen später lediglich einen Teil der negativen Erinnerung bei vielen Menschen wieder löscht.

Ärgerlich ist aber auch, daß die Stadt Rehburg-Loccum zum gestrigen Behördengespräch in Minden über die Studie nicht eingeladen war. Der Landkreis Nienburg mußte sich selbst nach der Lektüre der Berichte über die Studie um die Möglichkeit einer Teilnahme an diesem Ge-

spräch kümmern. Die Begründungen für die versäumten Einladungen überzeugten im Ausschuß nicht.

Der Kommentar

Wenigstens der Münchheganausschuß konnte diesmal mit der Fülle von Informationen zufrieden sein, die er erhielt. Man darf darüber spekulieren, wie wenig er erfahren hätte, wenn die Studie und die Sicherungsalternative für die Deponie nicht frühzeitig in die Öffentlichkeit gekommen wären. So war eigentlich am Ende fast nur der langjährige Deponiebeobachter und inzwischen -experte Heinrich Bredemeier sauer über die Arbeit im Ausschuß, aber wohl auch deshalb, weil manche der von ihm mit initiierten Schlagzeilen der letzten Tage nun nicht mehr so ganz stimmen.

Der Ausschuß vertagte die geplante Diskussion über sein (zuletzt sehr angeknackstes) Selbstverständnis bis zur nächsten Sitzung. Dann soll diese Frage an den Beginn der Tagesordnung. Und dann wird man vielleicht auch schon wissen, ob unter der neuen Landesregierung dieses von Umweltminister Werner Remmers - zu welchem Zweck auch immer - ins Leben gerufene Gremium überhaupt weiter bestehen soll. Oder gar mit mehr Kompetenzen und früherer Einflußnahme auf Entscheidungen? Zuletzt war der Ausschuß fast immer erst informiert worden, nachdem Fakten geschaffen worden waren.

Dietrich Lange